

18.03.14 | Homophobie

Gefängnisstrafe für einen Flirt unter Männern

Homosexuelle werden in 37 Ländern Afrikas verfolgt, in manchen droht ihnen die Todesstrafe. Die Kamerunerin Alice Nkom kämpft gegen den Hass und die Homophobie – und erhält Morddrohungen. Von Julia Jaroschewski



Foto: AP

Demonstration für Schwulenrechte: Junge Kenianer demonstrieren gegen die Ausgrenzung und Kriminalisierung ihrer sexuellen Orientierung

David Katos Name stand in der Zeitung auf einer Liste. Auf einer Liste von Männern, die das Blatt in der Überschrift als "Top-Homos" in Uganda bezeichnete. Beigefügt war seine Adresse in Kampala, der Hauptstadt des afrikanischen Landes. Über seinem Foto der kurze Befehl: "Erhängt sie!" (Link: http://gayuganda.blogspot.de/2010/10/hang-them_19.html) . Einige Wochen später wurde Kato in seiner Wohnung ermordet.

Eric Lembembe aus Kamerun fand man mit gebrochenem Genick und misshandeltem Körper in seinem Haus. Auch der Kameruner Journalist starb, weil er homosexuell war. In einer SMS von Jean-Claude Roger Mbede stand: "Ich liebe dich." Sie erreichte nicht nur seinen Freund, sondern auch die Polizei – er landete im Gefängnis. Es sind drei Fälle, wie sie jede Woche passieren, in Uganda, Kamerun oder Nigeria.

In Afrika werden Homosexuelle verfolgt, verprügelt, inhaftiert und ermordet. In 37 von 54 Staaten Afrikas müssen Homosexuelle drakonische Strafen befürchten, sollten sie ihre sexuelle Orientierung zeigen oder gar ausleben.

Uganda (Link: <http://www.welt.de/125177101>) hat gerade ein Gesetz verabschiedet, das Homosexuelle ins Gefängnis bringt. Auch internationaler Druck wie ein Appell von US-Präsident Barack Obama oder das Drängen von Menschenrechtsgruppen verhinderte nicht, dass der ugandische Präsident Yoweri Museveni das neue Gesetz im Februar in Kraft setzte. "Homosexuelle sind unnatürlich und ekelhaft", so Museveni. Das Gesetz sei notwendig, weil "der Westen versuchen würde, Homosexualität in Uganda zu fördern".

Menschenrechtspreis für Alice Nkom

Allein der Verdacht auf gleichgeschlechtliche Lebensweise kann nun zu Gefängnisstrafen führen. Sogar Familienangehörige oder Freunde können belangt werden. Denn wer Homosexuelle unterstützt oder sie nicht anzeigen, macht sich ebenfalls strafbar.

Die Anwältin Alice Nkom aus Kamerun lässt sich nicht einschüchtern. Sie setzt sich trotzdem für die Rechte von Schwulen und Lesben ein. Für ihr mutiges Engagement wird die 69-Jährige am Dienstag in Berlin von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International mit dem diesjährigen Menschenrechtspreis ausgezeichnet.

"Ich habe in meinem Leben viele Menschen verteidigt, Mörder und Vergewaltiger. Aber erst, als ich mich für Homosexuelle eingesetzt habe, erhielt ich Morddrohungen", sagt Nkom.
"Jeder aber hat doch das Recht zu leben und zu lieben."

Alice Nkom wurde als erste schwarze Frau in Kamerun ([Link: http://www.welt.de/125628352](http://www.welt.de/125628352)) als Rechtsanwältin zugelassen. Lange kämpfte sie für Frauenrechte. Nachdem sie vor zehn Jahren von den Problemen homosexueller Kameruner erfuhr, gründete sie eine Organisation, die die Rechte homosexueller Menschen verteidigt und psychologische Beratung sowie juristische Unterstützung anbietet.

Zehn Jahre Haft fürs Händchenhalten in Nigeria

Kamerun und Uganda sind nicht die einzigen afrikanischen Staaten, die Homosexuelle diskriminieren. In Nigeria hat Präsident Goodluck Jonathan Anfang des Jahres ein Anti-Homosexuellen-Gesetz unterschrieben, das eine Haft von bis zu 14 Jahren für Homosexuelle vorsieht. Schon das öffentliche Zeigen von Zuneigung zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren kann mit bis zu zehn Jahren bestraft werden.

Gleiches gilt für Organisationen, die sich die Unterstützung Homosexueller zum Ziel gesetzt haben. In Liberia legte Jewel Howard Taylor, die Ex-Frau des ehemaligen Präsidenten und heutige Senatorin, einen Gesetzentwurf vor, der Homosexuelle mit der Todesstrafe bedroht.

International wird die sich ausbreitende Homophobie in Afrika mit Besorgnis beobachtet. [Online-Petitionen](http://www.avaaz.org/en/uganda_stop_gay_death_law/) ([Link: http://www.avaaz.org/en/uganda_stop_gay_death_law/](http://www.avaaz.org/en/uganda_stop_gay_death_law/)) mit mehr als einer Million Unterschriften änderten nichts an der Umsetzung der Gesetze etwa in Uganda oder Nigeria.

Kaum jemand spricht sich in afrikanischen Staaten für LGBT (Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender) aus. Eine [Umfrage](http://www.pewglobal.org/2013/06/04/the-global-divide-on-homosexuality/) ([Link: http://www.pewglobal.org/2013/06/04/the-global-divide-on-homosexuality/](http://www.pewglobal.org/2013/06/04/the-global-divide-on-homosexuality/)) des US-amerikanischen Meinungsforschungsinstituts "Pew Research Center" zeigt, dass die Mehrheit der Afrikaner Homosexualität nicht akzeptiert. Neun von zehn Afrikaner tolerieren Homosexuelle nicht. In Uganda und Ghana sind es jeweils 96 Prozent, in Nigeria lehnten 98 Prozent der Bevölkerung Homosexualität ab.

Schwulenfreundliches Südafrika

Südafrika fällt aus der Reihe. Hier akzeptieren 32 Prozent der Bevölkerung Homosexuelle, was sich auch in der Gesetzgebung niederschlägt. Südafrika ist das einzige Land auf dem afrikanischen Kontinent, das die gleichgeschlechtliche Ehe und die Adoption von Kindern erlaubt. Trotz der Werbung als "schwulenfreundliches" Land sind Massenvergewaltigungen von lesbischen Frauen nicht selten. Die Frauen sollen durch diese brutalen Misshandlungen aus Sicht der Männer von Homosexualität geheilt werden.

Finanzielle Drohungen sollen die Homosexuellen-Hetze einschränken: US-Präsident Barack Obama kündigte an, die Entwicklungshilfe für Uganda zu streichen. Die USA sind einer der größten Geber für Entwicklungshilfe dort. Auch Deutschland reagierte mit ähnlichen Androhungen. Doch das scheint afrikanische Staatschefs kaum zu beeindrucken.

"Es reicht nicht, immer nur zu kritisieren. Man muss konkret werden, die Politiker bestrafen", sagt die Anwältin Alice Nkom. "Vielleicht sollte man den Regierungschefs die Einreise in andere Länder verbieten, keine Visa erteilen." Aktiv werden, so wie sie. Nkom hat Hunderte

Betroffene betreut. Sie muss oft mit Begleitschutz ins Gericht. Die Justiz mache ihr deutlich, dass sie nichts wert sei.

Viele hetzen mit politischem Kalkül gegen Homosexuelle. "Die Regierung in Kamerun ist sehr opportunistisch. Die Minister und der Präsident machen alles für ihren Machterhalt", so Nkom. Dass die Probleme der Gesellschaft auf strukturelle Korruption und Misswirtschaft zurückzuführen sind, wollen Politiker nicht gelten lassen. "Homosexuelle sind da ein Sündenbock."

Freikirchen attackieren Homosexuelle

"Politiker nutzen die gesellschaftliche Stigmatisierung, um sich gegenüber dem politischen Gegner zu profilieren", sagt Andrea Kämpf vom Deutschen Institut für Menschenrechte. "Öffentliche Äußerungen internationaler Geldgeber, bei Verfolgung von LGBT Gelder der Entwicklungszusammenarbeit zu streichen, werden oft von den dortigen Politikern dazu genutzt, sich als Wahrer 'afrikanischer Werte' gegenüber dem schlechten Einfluss des Westens zu präsentieren", so Kämpf.

Selbst die Kirchen tragen dazu bei, dass Homosexuelle verfolgt werden, meint Alice Nkom. Kameruns Präsident Paul Biya sei ein streng gläubiger Katholik; Universitäten, Schulen und Krankenhäuser gehören der katholischen Kirche. Auslöser von Hass gegen Homosexuelle sei in Kamerun die Brandrede des Bischofs von Yaounde gewesen, der gegen Schwule und Lesben gehetzt hatte. Ein Kardinal hatte Homosexuelle einmal öffentlich mit Tieren verglichen und Evangelikale Freikirchen kauften Sendeplätze in den Medien, um gezielt Homosexuelle zu attackieren, sagt Nkom.

Andrea Kämpf bekräftigt dies. Die Stigmatisierung von Homosexuellen und anderen sexuellen Minderheiten werde nicht nur von Afrikanern betrieben, "insbesondere US-amerikanische Vertreter christlich-evangelikaler Gemeinschaften haben in den vergangenen Jahren bei den christlichen afrikanischen Staatschefs dafür geworben, sich gegen Menschenrechte von LGBT (Link: <http://www.welt.de/122963458>) auszusprechen", so Kämpf.

Schwule suchen Asyl in Europa

Der Europäische Gerichtshof hat beschlossen, dass Homosexuelle im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention als politische Asylanten anerkannt werden können. "Ich kann diesen Menschen nicht sagen, bleibt hier, riskiert euer Leben," sagt Alice Nkom. Auch wenn es wichtig sei, dass Homosexuelle in den eigenen Ländern blieben, um ihre Rechte einzufordern.

Alice Nkom sieht es als ihre Pflicht an, sich für Homosexuelle einzusetzen – selbst dann, wenn sie damit ihr Leben riskiert. "Ich stehe in der Schuld, für die Rechte von anderen zu kämpfen, so wie meine Vorgänger sich für mich als schwarze Frau eingesetzt haben", sagt Nkom. Sie werde nicht aufhören zu kämpfen, auch wenn sie Angst habe. Denn: "Was gäbe es Schlimmeres, als Liebe zu vernichten."